

Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Bessere politische Bildung für Jugendliche!

Am 3. April 2014 wurde die VOX-Analyse zur Abstimmung der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass lediglich 17% der unter 30-jährigen Stimmberechtigten abgestimmt haben. Auch wenn diese Ergebnisse in der Zwischenzeit relativiert wurden: Alle Erhebungen zeigen, dass die Stimmbeteiligung der Jungen wesentlich tiefer ist, als diejenige der über 30-jährigen Stimmberechtigten.

Es ist demokratiepolitisch bedenklich, wenn junge Menschen ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen und damit politische Entscheidungen älteren Generationen überlassen. Dies insbesondere, weil Junge häufig anders abstimmen würden als ältere Menschen: Die Jungen haben die Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar am klarsten abgelehnt.

Anscheinend fehlt vielen jungen Leuten ein grundlegendes politisches Bewusstsein oder die Überzeugung mit der eigenen Stimme etwas verändern zu können.

Was die sinkende Stimmbeteiligung unter Jungen für die direkte Demokratie in der Schweiz in 50 Jahren heisst, können wir uns denken: eine stetig sinkende Stimmbeteiligung und einen immer kleineren Teil der SchweizerInnen, der sich an der offiziellen Politik beteiligt.

Diese Konsequenz kann auf keinen Fall im Sinne der Politik sein und der Zeitpunkt für einen Kurswechsel ist jetzt. Die Stadt Bern muss in dieser Frage Verantwortung übernehmen. Die Unterzeichnenden fordern deshalb vom Gemeinderat:

1. Für alle 18-jährige der Stadt Bern jährlich eine Veranstaltung zu organisieren, bei der die politischen Rechte erläutert werden. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie abgestimmt und gewählt wird und welche Bedeutung Abstimmungsentscheide haben. Die Veranstaltung kann in Zusammenhang mit der jährlichen StimmbürgerInnenfeier organisiert werden.
2. Die Jugendlichen sollen für diese Veranstaltung von der Schule, vom Gymnasium oder vom Lehrbetrieb dispensiert werden.
3. Im Angebot des Berner Ferienpasses Fäger-Kurse anzubieten, die politische Bildung auf lustvolle Art und Weise vermitteln, zum Beispiel im Angebot der „Kinder-Uni“.

Bern, 08. Mai 2014

Erstunterzeichnende: Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Esther Oester, Regula Tschanz, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Politisches Engagement der Jugendlichen ist dem Gemeinderat wichtig und kann seiner Ansicht nach durch die Thematisierung in der Volksschule gefördert werden. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport hat gegenüber den Schulleitungen denn auch im Rahmen der institutionalisierten Kontakte bereits die Wichtigkeit der politischen Bildung in der Schule betont. Weiter wird das

politische Interesse der Einzelnen nach Ansicht des Gemeinderats durch die Erfahrung, dass mittels Engagement Wirkung erzielt werden kann, gefördert. Mit den bestehenden Mitwirkungsrechten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bern wird diese Wirksamkeitsüberzeugung früh unterstützt.

In der Stadt Bern werden die Kinder im Kinderparlament altersgerecht in politische Abläufe und Fragen einbezogen. Mit der Revision des Reglements vom 24. April 2003 über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsreglement; MWR; SSSB 144.1) schlägt der Gemeinderat zusätzlich die Einrichtung eines Jugendparlaments vor. Weiter unterstützt der Gemeinderat etwa das Projekt Easyvote. Dabei handelt es sich um eine Abstimmungshilfe, die in der Stadt Bern zusammen mit den Abstimmungsunterlagen an alle 18- bis 22-jährigen Stimmberechtigten verschickt wird. Darin wird einfach, verständlich und politisch neutral über Abstimmungsvorlagen und Wahlen informiert.

Zu den einzelnen Punkten der Motion

Zu Punkt 1:

Seit Jahren lädt der Gemeinderat die in der Stadt Bern lebenden Jugendlichen, die volljährig werden, zur Volljährigkeitsfeier ein. Er wendet sich dabei jeweils an alle in der Stadt Bern niedergelassenen Jugendlichen des entsprechenden Jahrgangs mit schweizerischem Bürgerrecht und seit dem Jahr 2000 auch an alle in der Stadt Bern ansässigen ausländischen Jugendlichen. Der Gemeinderat lud die Volljährigen in den letzten vier Jahren in das Bundeshaus ein. Von den rund 1 000 jungen Frauen und Männern pro Jahrgang nahmen jeweils rund 120 Jugendliche am Anlass teil.

Dem Gemeinderat ist die politische Beteiligung der Jugendlichen wie oben ausgeführt ein Anliegen. Er ist daher bereit, die Durchführung einer zusätzlichen Veranstaltung oder allenfalls eine Erweiterung der Veranstaltung zur Volljährigkeit mit dem Ziel, die politische Bildung der Jugendlichen zu stärken, zu prüfen. Vorstellbar ist beispielsweise eine Informationsergänzung innerhalb der Volljährigkeitsfeier durch politisch engagierte Jugendliche oder junge Erwachsene.

Zu Punkt 2:

Die Volljährigkeitsfeier findet jeweils von 18.00 - 21.30 Uhr statt, also während der Freizeit der Jugendlichen/jungen Erwachsenen. Somit ist für diesen Anlass keine Dispensation nötig. Würde eine zusätzliche Veranstaltung während der Schul- oder Arbeitszeit angeboten, wäre eine Dispensation der Schülerinnen und Schüler notwendig. Die betroffenen jungen Menschen sind in der Regel nicht mehr in der Volksschule, sondern in der Sekundarstufe II (Berufsbildung, Mittelschule). Die Zuständigkeit für die Sekundarstufe II liegt beim Kanton. Der Gemeinderat hat keinen direkten Einfluss auf Dispensationen in diesen Ausbildungsgängen. Er kann sich lediglich beim Regierungsrat oder den Lehrbetrieben dafür einsetzen, dass die Jugendlichen für den Besuch einer Veranstaltung eine Dispensation erhalten.

Zu Punkt 3:

Im Berner Ferienprogramm Fäger, das von rund 30 Gemeinden getragen wird, werden von Privaten, Vereinen oder anderen Dritten durchgeführte Veranstaltungen vermittelt. Auf die inhaltliche Konzeption der Kurse hat der Gemeinderat keinen Einfluss. Die Stadt Bern (das Jugendamt) übernimmt lediglich die Koordination und die Auswahl der angebotenen Kurse. Bei der Kinderuni handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe der Universität Bern in Zusammenarbeit mit dem Verein Kultessen und dem Fäger. Die Kinderuni führt unter anderem auch Veranstaltungen zum Thema politische Bildung durch. Diese Veranstaltungen werden im Fäger beworben.

Der Gemeinderat ist bereit, zusammen mit dem Jugendrat und/oder weiteren Jugendlichen aus der Stadt Bern sowie Jugendlichen aus den umliegenden Gemeinden eine Diskussion zu führen im

Hinblick auf die Konzeption eines Kurses zum Thema politische Bildung. Die Federführung für ein allfälliges Angebot muss aus Sicht des Gemeinderats bei den Jugendlichen liegen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 5. November 2014

Der Gemeinderat